

Deutscher Bundestag

Stenografischer Bericht

179. Sitzung

Berlin, Freitag, den 3. Juni 2005

Tagesordnungspunkt 22:

- a) Zweite und dritte Beratung des von den Fraktionen der SPD, der CDU/CSU und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN eingebrachten Entwurfs eines **Gesetzes zur Neufassung der Freibetragsregelungen für erwerbsfähige Hilfebedürftige (Freibetragsneuregelungsgesetz)** (Drucksachen 15/5446 (neu), 15/5607, 15/5609)

.....
16911 A

- b) Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Wirtschaft und Arbeit zu dem Antrag der Abgeordneten Dirk Niebel, Rainer Brüderle, Angelika Brunkhorst, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP: **Hinzuverdienstmöglichkeiten zum Arbeitslosengeld II im Interesse einer Beschäftigung im ersten Arbeitsmarkt verbessern** (Drucksachen 15/5271, 15/5607)

16911 B

Petra Pau (fraktionslos):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es geht heute um Hartz IV. Es geht darum, dass Langzeitarbeitslose, also Empfängerinnen und Empfänger von Arbeitslosengeld II, mehr hinzuverdienen können als bislang zugelassen. Die PDS im Bundestag wird dem zustimmen. Natürlich werden wir nicht Nein sagen, wenn es um **Erleichterungen für Hartz-IV-Betroffene** geht. Ich sage Ihnen aber zugleich, die Erleichterungen, um die es heute geht, beseitigen bei Hartz IV nicht einmal die unsoziale Spitze, geschweige denn die ungerechte Philosophie.

Nun soll es ja bekanntlich **Neuwahlen** geben. Wenn ich den Bundeskanzler und den Kapitalismuskritiker Müntefering richtig verstanden habe, geht es ihnen dabei um eine Volksabstimmung über ihre Agenda 2010 nebst Hartz IV. Ich finde das gut und demokratisch. Sie können sicher sein, wir werden so viele Bürgerinnen und Bürger wie möglich ermutigen, an dieser Volksabstimmung teilzunehmen.

(Dr. Heinrich L. Kolb [FDP]: Und Oskar erst!)

Natürlich läuten längst die Wahlkampflocken. So verspricht Thüringens Ministerpräsident **Althaus** zum Beispiel Nachbesserungen bei Hartz IV, vorausgesetzt, die CDU/CSU gewinnt die Bundestagswahl. Nun habe ich von Frau Merkel dazu noch nichts gehört, jedenfalls nichts Gutes. Ich weiß nur aus dreijähriger Erfahrung, dass der gesamte rot-grüne Sozialabbau einschließlich Hartz IV der CDU/CSU bislang stets zu lasch war. Wenn von daher CDU-Minister meinen, sie würden wollen, wenn sie denn gewännen, dann kann ich sie nur auffordern: Wollen Sie doch jetzt! Vielleicht gewinnen Sie dann auch die Bundestagswahl. Das wäre zumindest glaubwürdig. Aber genau das tun Sie nicht.

Anders verhält sich übrigens das **Berliner Abgeordnetenhaus**. Es hat sich gestern erneut mit Hartz IV befasst. Beide Regierungsparteien, die SPD und die PDS, haben dem rot-roten Senat ein klares Mandat für eine Bundesratsinitiative erteilt:

Die Zuverdienstmöglichkeiten für Langzeitarbeitslose sollen deutlich erhöht werden, und zwar stärker, als Rot-Grün und die Union es heute zugestehen.

Der Arbeitslosengeld-II-Regelsatz soll bundesweit einheitlich gestaltet und angehoben werden, also ohne die soziale Mauer, die die Bundespolitik bestimmt.

Auch Ausgegrenzte, die kein Arbeitslosengeld II erhalten, sollen durch beschäftigungspolitische Maßnahmen gefördert werden.

(Wolfgang Meckelburg [CDU/CSU]: Das ist ungerecht!)

Die private Altersvorsorge soll bei der Anrechnung zum Arbeitslosengeld II besser geschützt werden, damit Hartz IV nicht Altersarmut potenziert.

Schließlich sollen die Kompetenzen und Zuständigkeiten zwischen der Agentur für Arbeit und den Kommunen eindeutiger geregelt werden.

Die Bundesregierung will das bislang nicht und die Opposition zur Rechten lehnt das grundsätzlich ab. Sie haben offensichtlich andere Pläne.

Die PDS im Bundestag befürwortet die rot-roten Pläne aus Berlin. Wir kennen nämlich aus unserer täglichen Arbeit und aus unseren Sprechstunden die Sorgen und Nöte der Hartz-Betroffenen, im Übrigen nicht nur diese, sondern auch die von manchen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Arbeitsgemeinschaften und Arbeits-agenturen, die sich trotz des schlechten Gesetzes mühen, eine gute Arbeit zu machen. Deshalb werden wir auch nicht müde, auf unsere Alternativen, auf unsere „Agenda sozial“ zu verweisen.